

Dr. Thomas Röbbke

Vereinbarkeit von Engagement und Erwerbsarbeit – Folgerungen für die Engagementpolitik

Der Freiwilligensurvey 2014 liefert interessante Zahlen zum Verhältnis und der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Menschen, die erwerbstätig sind, engagieren sich überproportional, vor allem jene, die in Teilzeit (51,1 % zu 43,6 % der gesamten Engagementquote) arbeiten. Es könnte sicher mehr passieren, was Anregungen für eine freiwillige Tätigkeit, etwa mit Corporate-Volunteering-Aktionen, durch den Arbeitgeber betrifft (nur 5,6 % fanden einen Anstoß für ihr Engagement durch den Arbeitgeber). Zudem werden die Beweggründe, weswegen sich Menschen nicht ehrenamtlich betätigen oder ihr Engagement beenden, häufig mit zeitlichen Belastungen durch die Erwerbsarbeit begründet (51,2 % der noch nie Engagierten sehen in der Erwerbsarbeit den wesentlichen Hinderungsgrund). Und doch haben viele Unternehmen heute begriffen, dass die im Freiwilligen Engagement erworbenen Fähigkeiten einen positiven Effekt auf die Erwerbsarbeit haben. (51,5 % sehen es als wesentlichen Grund ihres Engagements, Qualifikationen zu erwerben; 24,9 % verbinden mit dem Engagement auch die Erwartung beruflichen Fortkommens. Gar 59,2 % der beruflichen Wiedereinsteiger/innen fanden im Engagement erworbene Fähigkeiten nützlich).¹

Ich möchte diese ambivalenten Befunde des Freiwilligensurveys nicht weiter kommentieren, sondern den Blick weiten, auch auf die Gefahr hin, dass ich mich von der gesicherten empirischen Basis entferne und etwas ins Spekulieren gerate. Mir geht es nicht primär um die konkrete individuelle Vereinbarkeit von Beruf und Engagement, sondern um einen Blick auf das, was die Soziologie Erwerbsarbeitsgesellschaft genannt hat: also eine Gesellschaft, in der nicht nur die Erwerbsarbeit im engeren Sinne, sondern auch andere Bereiche wie der Freizeitsektor oder das Familienleben von Haltungen und Normen geprägt sind, die dezidiert aus der Erwerbsarbeit stammen.

Wir erleben meines Erachtens massive Veränderungen, die mindestens so gravierend sind wie die fordistische und postfordistische Revolution der Arbeit im 20. Jahrhundert. Das wurde nicht zuletzt durch die Präsidentschaftswahlen in den USA offensichtlich. Sie zeigten eine große Kluft zwischen Menschen, die mit einfachen, schlecht bezahlten und prekären Be-

¹ Julia Simonson: Das Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit. Erkenntnisse aus dem Freiwilligensurvey. Vortrag gehalten am 7.2.2017 anlässlich des 8. Treffens des Arbeitskreises der engagementfördernden Stiftungen.

schäftungsverhältnissen – vor allem in den klassischen Industrien – zurecht kommen müssen, und den Boomregionen der Ostküste und Kaliforniens mit ihren global aufgestellten IT-Unternehmen und Finanzdienstleistern. Die US-Wahl – wie übrigens auch das Abstimmungsverhalten beim Brexit – zeigt die Probleme der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Traditionelle industrielle Strukturen, die unter Druck geraten, und neue hochtechnologische Erwerbsarbeitsformen, die freilich nicht minder stark von Rationalisierungsprozessen bedroht sind, koexistieren zu gleicher Zeit und entwickeln eine beachtliche Dynamik an sozialer Ungleichheit und politischer Sprengkraft. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Konstellation für das Bürgerschaftliche Engagement?

In zehn Bemerkungen möchte ich die grundsätzlichen Auswirkungen, die diese tektonischen Verschiebungen der Erwerbsarbeitsgesellschaft im Hinblick auf das Bürgerschaftliche Engagement haben könnten, näher beleuchten. Sie sollen Anregungen für weitere Diskussionen sein, denen wir uns in der Engagementpolitik der kommenden Jahre zu stellen haben.

Freiwilliges Engagement als selbstverständlicher Bestandteil einer Work-Life-Balance

Immer mehr Menschen nehmen heute bürgerschaftliches Engagement als eine selbstverständliche Facette ihres Lebensentwurfs an. Zwar nahm die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren deutlich zu, aber es wächst vor allem der Sektor der Teilzeitarbeit. Wir arbeiten heute ein Drittel weniger, nach Stunden gemessen, als noch vor fünfzig Jahren, obwohl wir eine sehr hohe Beschäftigungsquote aufweisen. Und der Trend wird sich fortsetzen.

Von dieser gewonnenen erwerbsarbeitsfreien Zeit profitiert auch das Bürgerschaftliche Engagement, allerdings nicht überproportional, sondern eher unterdurchschnittlich. Man sagt, dass heute der Fernsehkonsum auf fast vier Stunden pro Tag angestiegen sei. Zum Vergleich ist die im Engagement verbrachte Zeit mit zwei bis drei Stunden wöchentlich nicht sehr umfangreich.

Dennoch: Ein Ehrenamt aufzunehmen gehört heute selbstverständlich zum Lebensentwurf von immer mehr Menschen – deutlich über vierzig Prozent der Wohnbevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren, ermittelte der Freiwilligensurvey.

Diese gestiegene Anziehungskraft kann auch als Kompensationsbedürfnis gegenüber Entfremdungserfahrungen der Erwerbsarbeit interpretiert werden. Ein Vereinsvorstand sagte mir einmal: „Ich arbeite in einem Betrieb mit mehreren tausend Angestellten. Wenn ich abends nach Hause komme, weiß ich nicht, was ich wirklich bewirkt habe. Das ist in meiner Vorstandarbeit anders. Hier weiß ich, was ich tue und durch mein Handeln auslöse.“ Dieses Gefühl der Selbstwirksamkeit und Anerkennung ist ein unverzichtbares Bedürfnis in einer pluralistischen Massengesellschaft. Im eigenen Engagement kann es ausgelebt werden.

Probleme der Synchronisierung des Engagements

Auch wenn immer mehr Menschen im Durchschnitt weniger arbeiten: Die individuellen Zeithorizonte verschieben sich durch unterschiedliche Arbeits- und Bildungszeiten oder gestie-

gene Mobilitätsanforderungen. Das wirft Probleme der Synchronisierung des Engagements auf. Ehrenamtliches Engagement war traditionell das Engagement einer ganzen Familie oder einer Peergroup in einem eigenen Sozialraum, etwa einem Dorf oder einem Stadtteil. Durch die Vervielfältigung des Freizeitangebotes und die dafür vorgesehenen Zeiträume und -kontingente wird das Engagement zusätzlich individualisiert. Der Trend zum Fitnesscenter, das zu jeder Tages- und Nachtzeit besucht werden kann, ist ein sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung. Darunter leiden die Vereine, die darüber klagen, dass Eltern froh sind, ihre Kinder mal für ein paar Stunden untergebracht zu wissen, sich aber selbst nicht mehr, etwa als Übungsleitung, für eine ehrenamtliche Mitarbeit anbieten.

Das sporadische Engagement wächst und mit ihm das Bedürfnis nach Professionalisierung, um die Selbstorganisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft zu bewahren

Die Bereitschaft, sich sporadisch zu engagieren, nimmt zwar zu, relativ aber sinkt bei gleichzeitigem Wachstum der zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bereitschaft, zeitintensive Verantwortungsposten zu übernehmen. Dadurch gerät die Selbstorganisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft unter Druck. Organisationen, die es sich leisten können, reagieren darauf mit Einstellung von Personal, etwa hauptamtlichen Geschäftsführungen.

Man kann das positiv sehen: Bürgerschaftliches Engagement war immer ein Jobmotor. Viele Vereine und Initiativen, angefangen von der ehrenamtlich organisierten Armenhilfe im 19. Jahrhundert, aus der die Wohlfahrtsverbände hervorgingen, bis hin zu den Hospizgruppen unserer Tage waren und sind Wegbereiter für hauptamtliche Stellen und Berufsbilder. Diese Professionalisierungstendenz macht einerseits den zivilgesellschaftlichen Sektor als Ort der Erwerbsarbeit attraktiv. Andererseits leistet sie aber auch einer Teilung des Engagementsektors Vorschub. Damit entsteht eine neue Zwei-Klassen Gesellschaft ehrenamtlich und hauptamtlich geführter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der kleine Hobbysportverein und der große Club mit vielfältigen Trainings- und Kursangeboten.

Soziale Kluft im Engagement: Einkommen, Bildung, Gesundheit.

Der Freiwilligensurvey zeigt eine hartnäckige soziale Kluft, übrigens seit Anbeginn der Erhebungen 1999. Beamte/innen (61,3 %/60,2 %) engagieren sich etwa doppelt so häufig wie Arbeiter/innen (33,1 %/30,7 %), In etwa gleichem Maße steht das Engagement von Menschen mit niedrigem Bildungsgrad (28,3 %) zu jenen mit hoher Bildung (52,3 %). Ähnliche Unterschiede finden sich beim Grad der Gesundheit. Die sozialen Gräben, die unsere gesamte Gesellschaft durchziehen, spiegeln sich im freiwilligen Engagement. Es kann diese Kluft sogar vertiefen. Wenn wir den von Pierre Bourdieu und David Putnam geprägten Begriff des „Sozialen Kapitals“ nicht nur, wie es üblich ist, als Indikator des sozialen Zusammenhalts, sondern als Zeichen von Distinktionsgewinnen betrachten, zeigt sich auch seine exkludierende Seite. Das ist nicht neu. Schon das klassische Ehrenamt im 19. Jahrhundert war ein Zeichen für die Zugehörigkeit zur „Guten Gesellschaft“.

Brauchen wir vor diesem Hintergrund andere Angebote, eine andere Anerkennungskultur für geringer qualifizierte Menschen? Sind unsere Gelegenheiten, ein Ehrenamt aufzunehmen, für bestimmte Zielgruppen nicht passgenau und attraktiv? Ist das Bürgerschaftliche Engagement zu stark auf die Motivations- und Qualifikationsprofile der Mittelschicht zugeschnitten?

Auch im Bürgerschaftlichen Engagement haben wir, ähnlich wie bei modernen Formen der Erwerbsarbeit, eine Verschiebung der Arbeitsweisen, zum Beispiel hin zu mehr Projektarbeit. In der Flüchtlingshilfe etwa erwarten wir oft Fremdsprachenkenntnisse. Wir suchen Menschen, die bei der Wohnungssuche oder dem Ämtergang kompetent begleiten. Die Rahmenbedingungen des Bürgerschaftlichen Engagements sind sehr komplex geworden. Begrenzte Formen des Ehrenamtes mit höherem Selbstgestaltungsgrad und informelleren Organisationsstrukturen nehmen zu. Das schraubt auch die Anforderung an Flexibilität und mitgebrachte Fähigkeiten in die Höhe. Möglicherweise ist das ein Grund dafür, dass Menschen mit geringerer Bildung (s.u.) im bürgerschaftlichen Engagement deutlich unterrepräsentiert sind.²

Monetarisierung und Übergänge von der Freiwilligenarbeit in die Erwerbsarbeit? Sharing Economy

In der Debatte um die soziale Kluft im Freiwilligensektor wird immer wieder die Frage nach Zuverdienstmöglichkeiten gestellt: Muss man das Bürgerschaftliche Engagement, um es etwa für Geringverdiener interessanter zu machen, mit einer stundenweisen Aufwandspauschale versehen? Ich will diese Debatte nicht vertiefen. Insgesamt bin ich der Überzeugung, dass man sich gravierende Probleme einhandeln würde, weil man das Bürgerschaftliche Engagement nicht nur für eine Bezahlung, sondern auch für eine Verdienstleistung öffnen würde. Die mit der Monetarisierung erhofften Wirkungen der Verbindlichkeit, so hat etwa Thomas Klie für den Bereich der Pflege betont, würden wahrscheinlich auch nicht eintreten.

Man sollte dieses Thema nicht größer machen, als es ist. Nach den Zahlen des Freiwilligen-survey oder anderer Untersuchungen³ spielt das „bezahlte“ Ehrenamt meist nur eine Nebenrolle. Und dennoch gibt es immer wieder Grenzbereiche, wo, auf den ersten Blick wenigstens, fließende Übergänge zwischen freiwilligen Engagement und bezahlter Erwerbsarbeit sinnvoll sein könnten. So haben vor allem Initiativen, die von der ehrenamtlichen Mitarbeit von Frauen profitieren – dazu zählen Mütterzentren, Mehrgenerationenhäuser oder auch Frauenverbände – angemahnt, die Ungleichheit von unbezahlter Frauenarbeit, die sich unter dem Deckmantel des freiwilligen Engagements verbirgt, nicht gering zu schätzen.

² Siehe hierzu: Johanna Klatt, Franz Walter: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011.

³ INBAS Sozialforschung: Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen in Pflege, Sport und Kultur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Download unter: www.bmfsfj.de

Für bestimmte Personengruppen, z.B. Arbeitslose oder Menschen mit depressiven Erkrankungen, die über das freiwillige Engagement wieder an die Erwerbsarbeit herangeführt werden könnten, könnten fließende Übergänge zwischen freiwilligen Engagement und Erwerbsarbeit hingegen hilfreich sein. Und es gibt zum Beispiel eine Reihe kultureller Initiativen, die als rein ehrenamtliche Gruppen beginnen, dann aber doch ein Geschäftsfeld entwickeln, um so aus dem freiwilligen Engagement einen Brotberuf zu machen. Diese „kreativen Milieus“ (Richard Florida) sind schon immer durch eine Mischung von Haupt- und Ehrenamt, prekärer Beschäftigung und Selbstausbeutung charakterisiert.

Es ist schwierig, diese einzelnen Tatbestände ordnungspolitisch abzubilden. Gibt es vielleicht eine Art osmotischer Engagementpolitik, die zwar generell die Seiten der Erwerbsarbeit und des Bürgerschaftlichen Engagements voneinander trennt, aber einen gewissen, passgenau definierten Austausch und Übergang in einzelnen Fällen ermöglicht, ohne gleich die „Büchse der Pandora“ zu öffnen?

Sharing Economy und Social Entrepreneurship oder: Wie ändern engagierte Projekte die Erwerbsarbeitslandschaft?

Wir finden in der volkswirtschaftlichen Debatte mittlerweile Begriffe, die eine neue Nähe zwischen Engagement und Erwerbsarbeit aufzeigen. Hierzu gehört der Social Entrepreneur, der nicht selten freiwilliges Engagement und ein gemeinwohlorientiertes Geschäftsmodell miteinander verquickt. Oder der Begriff der „Sharing Economy“, der eine große Nähe zur Commonsbewegung aufweist. Wo verlaufen die Trennlinien, wo die Übergänge? Nehmen wir beispielsweise den Bereich der IT Anwendungen: Wikipedia mag noch ein fast reines Engagementmodell sein. Aber das Gelände wird unübersichtlicher. Es gibt beispielsweise Open-Source-Anwendungen wie Linux, die dann von Firmen zu Geschäftsmodellen weiter entwickelt werden. AirBnB begann als Internetplattform für Couchsurfing und ist nun auf dem Weg zum profitablen Weltkonzern. UBER hat die Idee der Mitfahrzentrale okkupiert und verdient daran sehr gut. Genossenschaftliche Modelle, die auf geteilten Ressourcen und Verantwortungen beruhen, werden plötzlich zu profitablen Geschäftsfeldern.

Wie verhält sich das Bürgerschaftliche Engagement zu diesen Entwicklungen?

Arbeit 4.0 Tätigkeitsgesellschaft und Grundeinkommen

Man sieht: Die Arbeitswelt ist einem rasanten Wandel unterworfen, der neue Kombinationen für den Engagementbereich eröffnen kann, allerdings auch neue Gefahren heraufbeschwört. Da erstaunt es dann kaum, wenn Ideen die Fronten wechseln. So wurde beispielsweise das Grundeinkommen, das eigentlich aus dem links-alternativen Spektrum der Debatte um eine neue Tätigkeitsgesellschaft entstammt, jetzt bei Wirtschaftsbossen wie dem Siemens Vorstand Joe Kaeser hoffähig. Ulrich Beck, zur Erinnerung, hatte in den 1990er Jahren in seinem Konzept der „Bürgerarbeit“ den Freiwilligensektor mit dem Grundeinkommen verknüpft. Stehen wir, obwohl doch der derzeitige Beschäftigungsgrad so hoch ist wie nie, vor

der von Beck beschworenen Entwicklung, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehen könnte?

Durch Automatisierung und Robotisierung (Stichwort: Arbeit 4.0) werden in den nächsten Jahrzehnten Millionen von Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungssektor wegfallen. Die Erwerbsarbeitszeit wird weiter reduziert. Wie wird sich diese Lücke füllen? Entstehen, um mit Hannah Arendt⁴ zu reden, neue Möglichkeiten einer Tätigkeitsgesellschaft, in der das Bürgerschaftliche Engagement eine größere Rolle spielen wird? Wird etwa durch den demografischen Wandel eine immer größere Gruppe von gut gebildeten, fitten und vor allem engagierten Rentnerinnen und Rentnern entstehen, die eine aktive dritte und vierte Lebensphase prägen werden? Oder nehmen schlecht bezahlte Jobs und Minirenten überhand, die mit einer Nebentätigkeit mit „Übungsleiterpauschale“ aufgefüllt werden müssen, damit es zum Lebensunterhalt reicht?

Sozialraum der Zukunft – Zukunft der Arbeit

Die Veränderung der Erwerbsarbeit hat auch massive Eingriffe in den Sozialraum zur Folge. Die Europäische Stadt, die seit Beginn der Moderne um eine Kombination von Öffentlichkeit und Handel herum zentriert war, wird in Zeiten des wachsenden Internethandels vor großen Herausforderungen stehen. So wird die Segregation der Bereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit, die wir seit Beginn des 20. Jahrhundert erleben konnten und die von der Stadtentwicklungspolitik im Sinne gesunder Lebensverhältnisse ja auch gewünscht wurde – man denke an die Charta von Athen – sich weiter fortsetzen. Auch die ländlichen Räume ändern ihr Gesicht. Die Ortsmitteln entleeren sich, weil der Handel auf die grüne Wiese zieht. Die Dorfkerne verlieren ihre Bewohnerschaft.

Es ist vor diesem Hintergrund nur folgerichtig, wenn politische Programme der Revitalisierung von Dorf- und Stadtkernen zunehmend auf Funktionen des Bürgerschaftlichen Engagements setzen. Stadtteilzentren, Dorfgemeinschaftshäuser und weitere Einrichtungen versuchen die sich auftuenden Lücken zu schließen.

Die Verbindung der Polis als Ort der Bürgerschaftlichen Versammlung und als Ort des Handels wird sich weiter entkoppeln. Die Frage ist, welchen Beitrag das Bürgerschaftliche Engagement zur Revitalisierung dieser Sozialräume realistisch leisten kann.

Berufliche Qualifizierung und im Engagement erworbene Kompetenzen

Seit einigen Jahren nimmt die Debatte um soziale, non-formale und informelle Kompetenzen, die durch freiwilliges Engagement angeregt, gebildet oder vertieft werden können, an Fahrt auf. Viele Verantwortliche in Betrieben wissen, wie wichtig es ist, dass in einer Zeit, in der das Arbeiten in Teams und Projekten zum Alltag gehört, nicht nur junge Führungskräfte, sondern Arbeitnehmer jeden Alters von Fähigkeiten profitieren, die sie im freiwilligen Engage-

⁴ Hannah Arendt: Vita activa oder vom tätigen Leben, München 2007; Ulrich Beck (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main 1999.

gement erwerben. Die Diskussionslage hat sich verändert: Waren Arbeitgeber früher oft zögerlich, ja widerstrebend gegenüber dem Freiwilligen Engagement eingestellt (Stichwort Freistellungsregelungen), so schätzen sie es heute durchaus, wenn Menschen, etwa durch ihre Funktion im Ehrenamt, schon Leitungsaufgaben übernommen haben. Freilich ist da noch viel Luft nach oben. Der Trend, dass Ausbildungsstellen oder Universitäten Bewerbungen auch nach geleistetem Engagement beurteilen, nimmt zwar zu. Aber Projekte des Service Learning in Bildungseinrichtungen sind noch recht selten systematisch in den Lehrplan integriert. Der anhaltende Zuspruch für die Freiwilligendienste ist sicher ein positives Zeichen. Wir wissen, dass diese Zeit viel zur Persönlichkeitsbildung beitragen kann, gerade bei jungen Menschen, die immer früher die Schule verlassen. Aber auch hier muss man Grenzen achten: Zum Beispiel dann, wenn das Engagement gleichsam zum Muss einer erfolgreichen Bewerbung wird und damit letztlich seinen Charakter der Freiwilligkeit verliert.

Koproduktion zwischen Haupt- und Ehrenamt – ausbaufähig

Angestoßen von Thomas Olk und Adalbert Evers haben wir ein neues Verständnis der Koproduktion entwickelt. Dienste und Leistungen im Bildungs-, Sozial- oder Kulturbereich werden unter Achtung der jeweiligen Anforderungsprofile, Kompetenzen und Verantwortungsgrade gemeinsam von Haupt- und Ehrenamtlichen erbracht. Etwa in einer Kita, in der sich Menschen unentgeltlich beim Vorlesen, Basteln, Singen usw. engagieren und damit den Bildungsauftrag der Einrichtung mit erfüllen. Andererseits wissen wir, etwa durch Untersuchungen wie ZiViZ, dass sich in den stark reglementierten und professionalisierten Bereichen wie im Gesundheitswesen oder den Sozialen Diensten, relativ gesehen, weniger Ehrenamtliche betätigen, als etwa im Sport. Werden die Räume der Koproduktion größer oder enger? Größer durch ein systematisch betriebenes Freiwilligenmanagement? Enger durch immer mehr ausufernde Regeln und Vorschriften, die ehrenamtliche Tätigkeit beschneiden und unattraktiv machen? Wir sollten diese Debatte ehrlich führen. Koproduktion ist kein Selbstläufer, auch wenn es gut klingt und erstrebenswert ist. Gibt es beispielsweise eine systematische Vermehrung der Stellen für Freiwilligenmanagement in sozialen Einrichtungen? Solange Freiwilligenmanagement keine Rolle in systematischen Förderrichtlinien spielt, muss es immer aus Sondermitteln bezahlt werden. Und die sind begrenzt.

Fazit

Diese zehn Anmerkungen sind natürlich eher als weiter zu diskutierende Thesen zu verstehen. Die empirischen Anzeichen, dass sich derartige Entwicklungen ergeben könnten, sind gegeben, aber ob sich daraus stabile Trends ableiten, längst nicht ausgemacht. Wir müssen sehr viel mehr wissen, aber weder die Soziologie der Arbeit noch die Urbanisierungsforschung, weder das strategische Personalmanagement noch die Volkswirtschaftslehre kümmern sich ernsthaft um das Verhältnis Erwerbsarbeit zum Bürgerschaftlichen Engagement.

Was diese Bemerkungen zugleich anstoßen wollen ist dies: Das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Bürgerschaftlichen Engagement ist breiter zu diskutieren als die individuelle

Vereinbarkeit von Beruf und Engagement oder die Debatte um Monetarisierung, auf die wir uns in den letzten Jahren konzentriert haben.

Der Text beruht auf einem Vortrag, gehalten beim Arbeitskreis der engagementfördernden Stiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen, Körber Stiftung Hamburg, 7.2.2017 Hamburg.

Autor

Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern und Vorsitzender des SprecherInnenrates des BBE.

Kontakt: Roebke@lbe-bayern.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de